

Kantonale Asylverordnung (kAV)

Vom 16. Oktober 2007 (Stand 1. Januar 2019)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 74 Absatz 2 der Verfassung vom 17. Mai 1984¹⁾ des Kantons Basel-Landschaft sowie auf die §§ 6 Absatz 3 und 32 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2001²⁾ über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz),

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung gilt für:

- a. Asylsuchende mit Ausweis N;
- b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F;
- c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S;
- d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung;
- e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist.

§ 1a * Anwendung der Sozialhilfeverordnung

¹ Kann dieser Verordnung keine Regelung entnommen werden, so gelten die Vorschriften der Sozialhilfeverordnung (SHV) vom 25. September 2001³⁾ sinngemäss.

§ 2 Zuweisung

¹ Der Kanton weist die Personen gemäss § 1, Personen mit einer vorläufigen Aufnahme als Flüchtling sowie Personen mit einem positiven Asylentscheid den Gemeinden zu. Er unterstützt diese bei deren Zusammenarbeit. *

1) SGS [100](#), GS 29.276

2) SGS [850](#), GS 34.143

3) GS 34.0262, SGS [850.11](#)

² Der Standortgemeinde eines Bundesasylzentrums (BAZ) oder eines kantonalen Erstaufnahmezentrums wird die Anzahl Plätze des Zentrums an der Anzahl Personen gemäss Abs. 1 angemessen angerechnet. *

§ 3 Betreuung, Unterkunft und Unterstützung

¹ Die Gemeinden betreuen die Personen gemäss § 1 und weisen ihnen eine Individual- oder eine Kollektivunterkunft zu.

² Sie unterstützen bedürftige Personen gemäss § 1 nach Massgabe dieser Verordnung.

³ Sie melden dem Kanton innert 2 Wochen jede Gewährung, Änderung oder Beendigung einer Unterstützung von Personen gemäss § 1, von Personen mit einer vorläufigen Aufnahme als Flüchtling sowie von Personen mit einem positiven Asylentscheid. *

§ 4 * Eingliederung

¹ Die Gemeinden vollziehen die Eingliederungsmassnahmen gemäss den §§ 16 - 19 des Sozialhilfegesetzes wie folgt:

- a. die Förderungsprogramme und die Anreizbeiträge gegenüber den Personen gemäss § 1 Buchstaben b und c,
- b. die Beschäftigungen gegenüber allen Personen gemäss § 1.

² Die Entschädigungen des Kantons an die Gemeinden richten sich in Abweichung von § 34 des Sozialhilfegesetzes nach § 18 Absatz 3 Buchstaben a und a^{bis}.

§ 4a * Assessmentcenter

¹ Für vorläufig Aufgenommene, vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Personen mit einem positiven Asylentscheid stellt der Kanton Assessmentcenter zur Verfügung.

² Die Gemeinden sind verpflichtet, die Personen gemäss Abs. 1 den Assessmentcentern zuzuweisen und die entsprechenden Empfehlungen zu berücksichtigen.

§ 5 Zuständigkeiten

¹ Die Sozialhilfebehörden vollziehen die Gemeindeaufgaben dieser Verordnung.

² Das Kantonale Sozialamt (kurz: Amt) vollzieht die Kantonsaufgaben dieser Verordnung. Es ist Kontaktstelle zum Bund und gibt ein Handbuch zum Vollzug der Asylgesetzgebung heraus.

§ 6 Übertragung

¹ Der Regierungsrat ist zuständig für die Übertragung der Führung von Erstaufnahmeheimen an Dritte.

² Die Gemeinden können die Betreuung der Personen gemäss § 1 sowie die Ausrichtung der Unterstützungen an diese Dritten übertragen.

³ Die Verfügungskompetenz ist nicht übertragbar.

2 Unterstützung

§ 7 Anrechnung von Einkünften und Vermögen

¹ Zur Festlegung der Unterstützung von Personen gemäss § 1 werden alle Einkünfte sowie alle Vermögen angerechnet. Vorbehalten bleibt Absatz 2.

² Bei Personen gemäss § 1 Buchstaben a, b und c werden Erwerbseinkünfte von CHF 400 pro Person und Monat oder von CHF 700 pro Haushalt und Monat anteilmässig nicht angerechnet (freie Einkünfte). Der Anteil richtet sich nach dem Beschäftigungsgrad.

³ Gefälligkeitszuwendungen bei der Teilnahme an einem Förderungsprogramm oder für die Ausübung einer Beschäftigung werden nicht an das Einkommen angerechnet. *

§ 8 Mass des Grundbedarfs in einer Individualunterkunft *

¹ Die Unterstützungen an bedürftige Personen gemäss § 1 Buchstaben a, b und c in Individualunterkünften betragen pro Haushalt und Monat bei *

- a. 1 Person: CHF 589;
- b. 2 Personen: CHF 961;
- c. 3 Personen: CHF 1'364;
- d. 4 Personen: CHF 1'733;
- e. 5 Personen: CHF 2'060;
- f. 6 Personen: CHF 2'322;
- g. 7 Personen: CHF 2'512;
- h. 8 Personen: CHF 2'676;
- i. 9 Personen: CHF 2'846;
- k. 10 Personen: CHF 2'949;
- l. 11 Personen: CHF 3'144;
- m. 12 Personen: CHF 3'357.

² Sie decken pauschal alle Aufwendungen ab, so insbesondere für Nahrung, Kleidung, persönliche Auslagen, Haushaltsverbrauchsmaterial, Post, Telefon, Radio- und Fernsehgebühren, Elektrizität, Gas, Kehrrechtgebühren, Transportkosten sowie Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung.

§ 9 Mass des Grundbedarfs in einer Kollektivunterkunft *

¹ Die Unterstützung an bedürftige Personen gemäss § 1 Buchstaben a, b und c in Kollektivunterkünften beträgt pro Person und Monat CHF 412, jedoch höchstens die Beträge gemäss § 8 Absatz 1. *

² Sie deckt pauschal alle Aufwendungen ab, so insbesondere für Nahrung, Kleidung, persönliche Auslagen, Post, Telefon und Transportkosten.

§ 10 Mass des Grundbedarfs für Personen gemäss § 1 Bst. d und e *

¹ Die Unterstützung an bedürftige Personen gemäss § 1 Buchstaben d und e beträgt pro Person und Tag CHF 8.

² Sie deckt pauschal alle Aufwendungen für den Lebensunterhalt ab und ist nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen abzugeben.

³ Sie wird nur auf Verlangen hin abgegeben.

§ 10a * Mass des Grundbedarfs ohne eigenen Haushalt

¹ Bei Personen in einer Pflegefamilie, in einem Heim, in einer Klinik oder in einer ähnlichen Einrichtung richtet sich das Mass der Unterstützung an die Aufwendungen für den Grundbedarf nach den aktuellen Bedürfnissen.

² Das Mass der Unterstützung beträgt monatlich höchstens CHF 200 für Personen gemäss § 1 Bst. a, b und c und monatlich höchstens CHF 80 für Personen gemäss § 1 Bst. d und e.

³ Das Mass der Unterstützung deckt pauschal alle Aufwendungen ab, so insbesondere für Kleidung, persönliche Auslagen, Post, Telefon und Transportkosten.

§ 11 * Kranken- und Unfallversicherung

¹ Die Gemeinden schliessen für die Personen gemäss § 1, Personen mit einer vorläufigen Aufnahme als Flüchtling sowie Personen mit einem positiven Asylentscheid die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung ab. *

§ 12 Aufwendungen für medizinische Behandlung und Pflege

¹ Der Kanton gewährt in Ausnahmefällen bedürftigen Personen gemäss § 1 Unterstützungen an die Aufwendungen für absolut unerlässliche medizinische Behandlung und Pflege, die durch die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung nicht gedeckt sind. Vorbehalten bleibt Absatz 2.

² Bei bedürftigen Personen gemäss § 1 Buchstabe b, die länger als 7 Jahre seit der Einreise in der Schweiz sind, tragen die Gemeinden die Kosten gemäss Absatz 1.

§ 13 Verfahren bei medizinischen Behandlungen *

¹ Gesuche um Unterstützung gemäss § 12 sind der Sozialhilfebehörde einzureichen. Diese prüft sie vor und leitet sie mit ihrem Bericht an das Amt weiter.

² Das Amt kann von der gesuchstellenden Person eine Überprüfung durch einen Vertrauensarzt seiner Wahl verlangen.

³ Der Kanton trägt die Kosten der Überprüfung, sofern sie nicht von der Kranken- und Unfallversicherung der gesuchstellenden Person übernommen werden.

§ 14 Zahnbehandlungen, Kostenvoranschlag

¹ Die Gemeinden gewähren bedürftigen Personen gemäss § 1 Unterstützungen an die Aufwendungen für schmerzstillende Zahnbehandlungen.

² Sie gewähren bedürftigen Personen gemäss § 1 Buchstabe b Unterstützungen für einfache, wirtschaftliche und zweckmässige Zahnsanierungen im Rahmen des Sozialversicherungstarifs.

³ Die gesuchstellende Person hat vor Durchführung einer Behandlung einen Kostenvoranschlag einzureichen. Ausgenommen sind die Fälle notfallmässig vorzunehmender, schmerzstillender Zahnbehandlungen. *

§ 15 Verfahren bei Zahnbehandlungen *

¹ Gesuche um Unterstützung gemäss § 14 sind der Sozialhilfebehörde einzureichen.

² Die Sozialhilfebehörde entscheidet über die Gesuche bis CHF 300 direkt. Höhere Gesuche leitet sie an das Amt weiter.

³ Das Amt unterbreitet die Gesuche der zuständigen zahnärztlichen Person gemäss § 14 Absatz 3 der Sozialhilfeverordnung⁴⁾. Die zahnärztliche Person erstattet dem Amt Bericht nach Massgabe des Vertrags gemäss § 14 Absatz 3 der Sozialhilfeverordnung. *

⁴ Das Amt kann von der gesuchstellenden Person eine Überprüfung durch den Vertrauenszahnarzt seiner Wahl verlangen. Die Kosten der Überprüfung trägt der Kanton.

⁵ Das Amt leitet den Bericht der zahnärztlichen Person sowie gegebenenfalls des Vertrauenszahnarztes an die Sozialhilfebehörde zum Entscheid über das Gesuch weiter. *

4) [SGS 850.11](#), GS 34.262

§ 16 Herabsetzung

¹ Die Unterstützung darf aufgrund schuldhafter Verletzung der Pflichten höchstens um 30 % der Unterstützungen gemäss den §§ 8 und 9 herabgesetzt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 17a und 18 der Sozialhilfeverordnung⁵⁾ sowie die diesbezügliche Bestimmung in der Bundesasylgesetzgebung sinngemäss. *

§ 17 Überprüfung von Arztzeugnissen durch den Vertrauensarzt

¹ Die Sozialhilfebehörde kann von der unterstützten oder gesuchstellenden Person eine Überprüfung des vorgelegten Arztzeugnisses durch einen Vertrauensarzt ihrer Wahl verlangen.

² Die Kosten der Überprüfung trägt die Gemeinde, sofern sie nicht von der Krankenversicherung der unterstützten oder gesuchstellenden Person übernommen werden.

3 Entschädigungen

§ 18 Art und Höhe

¹ Der Kanton entschädigt die Gemeinden für die Kosten für die Betreuung, Unterbringung, Unterstützung und Verwaltung *

- a. * der bedürftigen Personen gemäss § 1 Buchstaben a, b und c pauschal mit CHF 37.50 pro Person und Tag,
- b. * der bedürftigen Personen gemäss § 1 Buchstaben d und e pauschal mit CHF 26 pro Person und Tag.

^{1 bis} Er entschädigt die Gemeinden für die Kosten der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung der bedürftigen Personen gemäss § 1 *

- a. * für die Prämien pauschal in der Höhe von 90 % der regionalen Durchschnittsprämie für Erwachsene, junge Erwachsene und Kinder pro Person und Tag gemäss dem Eidgenössischen Departement des Innern;
- b. für die Franchisen und Selbstbehalte pauschal nach Massgabe von Artikel 103 Absätze 1 bzw. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1995⁶⁾ über die Krankenversicherung (KVV) für die Altersgruppe pro Person und Tag.

² Von den Beträgen gemäss Absatz 1 werden die an die Unterstützung angerechneten Einkünfte abgezogen.

³ Der Kanton entschädigt die Gemeinden zudem für die Kosten, die diesen entstanden sind

- a. * durch die Förderungsprogramme und Beschäftigungen, in der doppelten Höhe gemäss § 25b Absatz 2 Buchstaben a bzw. b der Sozialhilfeverordnung;

5) GS 34.0262, SGS [850.11](#)

6) SR 832.102

a^{bis}. * durch die Anreizbeiträge;

b. durch die Unterstützungen an die Aufwendungen für Zahnbehandlungen gemäss § 14 Absätze 1 und 2;

c. durch die Überprüfung von Arztzeugnissen gemäss § 17 Absatz 2;

d. im Zusammenhang mit der Ausreise von Personen gemäss § 1.

⁴ Der Kanton entrichtet den Gemeinden die Aufwendungen quartalsweise. Die Abrechnung ist spätestens 3 Monate nach Quartalsende dem Kanton einzureichen. Widrigenfalls verwirkt der Anspruch. *

⁵ Die Entschädigung gemäss Abs. 3 Bst. a und a^{bis} erfolgt unter Vorbehalt einer möglichen Rückerstattungspflicht gegenüber dem Bund. *

§ 19 Dauer

¹ Der Kanton richtet die Entschädigungen wie folgt aus:

a. für Personen gemäss § 1 Buchstabe a längstens bis zum Tag der Wegweisung,

b. * für Personen gemäss § 1 Buchstabe b diejenigen gemäss § 18 Absatz 1 Buchstabe a, Absatz 1^{bis} sowie Absatz 3 Buchstaben b und c längstens während 7 Jahren seit Einreise in die Schweiz,

c. für Personen gemäss § 1 Buchstabe b diejenige gemäss § 4 Absatz 2 längstens bis zur Erteilung einer kantonalen Aufenthaltsbewilligung,

d. für Personen gemäss § 1 Buchstabe c längstens bis zur Erteilung einer kantonalen Aufenthaltsbewilligung und danach die Hälfte längstens bis zur Erteilung einer Niederlassungsbewilligung,

e. für Personen gemäss § 1 Buchstaben d und e für die Dauer der erfolgten Unterstützung.

4 Übergangs- und Schlussbestimmungen *

§ 19a * Übergangsbestimmung der Änderung vom 11. Dezember 2018

¹ Die Gemeinden können dem Kanton noch nicht eingereichte Abrechnungen für die Perioden vor Inkraftsetzung der Verordnungsänderung vom 11. Dezember 2018 gestützt auf § 18 bis zum 30. Juni 2019 einreichen, widrigenfalls verwirkt der Anspruch.

§ 20 Änderung der Sozialhilfeverordnung

¹ Die Sozialhilfeverordnung (SHV) vom 25. September 2001⁷⁾ wird wie folgt geändert: ...⁸⁾

7) SGS 850.11, GS 34.262

8) GS 36.308

§ 21 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Die Kantonale Asylverordnung (kAV) vom 20. Februar 2001⁹⁾ wird aufgehoben.

§ 22 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

9) GS 34.49, SGS 850.19

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
16.10.2007	01.01.2008	Erlass	Erstfassung	GS 36.0303
26.05.2009	01.06.2009	§ 15 Abs. 3	geändert	GS 36.1106
26.05.2009	01.06.2009	§ 15 Abs. 5	geändert	GS 36.1106
05.07.2011	01.01.2012	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 37.605
05.07.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 1	geändert	GS 37.605
05.07.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 37.605
27.09.2011	01.11.2011	§ 11	totalrevidiert	GS 37.645
27.09.2011	01.01.2012	§ 18 Abs. 1 bis	eingefügt	GS 37.645
27.09.2011	01.01.2012	§ 19 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 37.645
29.10.2013	01.01.2014	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 38.290
29.10.2013	01.01.2014	§ 4	totalrevidiert	GS 38.290
29.10.2013	01.01.2014	§ 7 Abs. 3	eingefügt	GS 38.290
29.10.2013	01.01.2014	§ 18 Abs. 3, Bst. a.	geändert	GS 38.290
29.10.2013	01.01.2014	§ 18 Abs. 3, Bst. a ^{bis} .	eingefügt	GS 38.290
24.11.2015	01.01.2016	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 2015.072
24.11.2015	01.01.2016	§ 18 Abs. 1, Bst. a.	geändert	GS 2015.072
11.12.2018	01.01.2019	§ 1a	eingefügt	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 2 Abs. 1	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 3 Abs. 3	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 4a	eingefügt	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 8	Titel geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 9	Titel geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 10	Titel geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 10a	eingefügt	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 11 Abs. 1	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 13	Titel geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 15	Titel geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 18 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 18 Abs. 1 bis, Bst. a.	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 18 Abs. 4	eingefügt	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 18 Abs. 5	eingefügt	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	Titel 4	geändert	GS 2018.080
11.12.2018	01.01.2019	§ 19a	eingefügt	GS 2018.080

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	16.10.2007	01.01.2008	Erstfassung	GS 36.0303
§ 1a	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080
§ 2 Abs. 1	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 2 Abs. 2	29.10.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.290
§ 2 Abs. 2	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 3 Abs. 3	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 4	29.10.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.290
§ 4a	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080
§ 7 Abs. 3	29.10.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.290
§ 8	11.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	GS 2018.080
§ 8 Abs. 1	05.07.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.605
§ 9	11.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	GS 2018.080
§ 9 Abs. 1	05.07.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.605
§ 10	11.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	GS 2018.080
§ 10a	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080
§ 11	27.09.2011	01.11.2011	totalrevidiert	GS 37.645
§ 11 Abs. 1	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 13	11.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	GS 2018.080
§ 14 Abs. 3	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 15	11.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	GS 2018.080
§ 15 Abs. 3	26.05.2009	01.06.2009	geändert	GS 36.1106
§ 15 Abs. 5	26.05.2009	01.06.2009	geändert	GS 36.1106
§ 16 Abs. 1	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 16 Abs. 1	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 18 Abs. 1	05.07.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.605
§ 18 Abs. 1, Bst. a.	24.11.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.072
§ 18 Abs. 1, Bst. b.	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 18 Abs. 1 ^{bis}	27.09.2011	01.01.2012	eingefügt	GS 37.645
§ 18 Abs. 1 ^{bis} , Bst. a.	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 18 Abs. 3, Bst. a.	29.10.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.290
§ 18 Abs. 3, Bst. a ^{bis} .	29.10.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.290
§ 18 Abs. 4	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080
§ 18 Abs. 5	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080
§ 19 Abs. 1, Bst. b.	27.09.2011	01.01.2012	geändert	GS 37.645
Titel 4	11.12.2018	01.01.2019	geändert	GS 2018.080
§ 19a	11.12.2018	01.01.2019	eingefügt	GS 2018.080